Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen	Vorlagen - Nr.: VO/1070/2012 Status: öffentlich Datum: 07.03.2012 Eingang: 07.03.2012	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	**Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen** **Stadtverordnetenversammlung Marburg**	

Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Stellenabbau am Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) ist zu verhindern.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt sich bei Landtag und Landesregierung dafür einzusetzen, dass sich die Landesregierung bei den Verantwortlichen der Rhön AG klar gegen die Pläne und Maßnahmen einer Stelleneinsparung im UKGM ausspricht und diese zu verhindern versucht.

Der Magistrat wird beauftragt mit den Verantwortlichen der Rhön AG entsprechende Gespräche zu führen.

Begründung:

Der geplante Stellenabbau im UKGM schadet den Patientinnen und Patienten, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, der Stadt und dem Landkreis.
Der medizinische Hochschulstandort und das Klinikum dürfen nicht die Leittragenden sein, die Krankenversorgung sowie die Lehre und Forschung dürfen keine Qualitätsminderung erleiden.

Die Landesregierung hat sich seinerzeit verpflichtet, sich im Rahmen der Klinikumstrukturierung für eine Stärkung der Region Mittelhessen einzusetzen.
Jetzt ist die Landesregierung gefordert, echte Schadensbegrenzung zu betreiben. Sie muss unverzüglich auf die Rhön AG einwirken, damit diese von den Stelleneinsparungsplänen Abstand nimmt!

Ansonsten erleiden die beiden Universitätsstädte Gießen und Marburg großen Schaden.

Erika Lotz-Halilovic
Bettina Böttcher

Dr. Christa Perabo
Jan Sollwedel